

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Christa Nickels,
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Marieluise Beck (Bremen),
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/6966 –**

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Christa Nickels,
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Gerald Häfner, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 13/3864, 13/5482 –**

**Gemeinsames Wort der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage
in Deutschland“**

A. Problem

Die Erwerbslosigkeit in Deutschland hat einen historischen Höchststand erreicht, der zum Hauptproblem für die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland geworden ist. Die beiden christlichen Kirchen haben im Rahmen ihres gemeinsamen Hirtenwortes „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ auf diese Gefahren hingewiesen. Der Entschließungsantrag von Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN greift einen Teil der im Hirtenwort enthaltenen Lösungsansätze auf und fordert die Bundesregierung zur Einführung einer ökologisch-sozialen Steuerreform, zu einer beschäftigungsorientierten Arbeitszeitpolitik, zu einer direkten Verzahnung von aktiver Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in Ostdeutschland, zu einer Verstärkung der Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik und dazu auf, das Leben mit Kindern wirksam zu fördern und Eheprivilegien abzubauen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Der Deutsche Bundestag hat bereits zahlreiche Gesetze mit dem Ziel beschlossen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Er wird die-

sen Weg weitergehen. Der Antrag enthält dazu keine weiterführenden Hilfestellungen.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Da es sich um einen Entschließungsantrag handelt, konnten Kosten nicht ermittelt werden.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/6966 abzulehnen.

Bonn, den 12. März 1997

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Ulrike Mascher

Vorsitzende

Konrad Gilges

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Konrad Gilges

I.

Der Antrag auf Drucksache 13/6966 ist in der 157. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Februar 1997 an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Ausschuß für Wirtschaft zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat dem federführenden Ausschuß in seiner 50. Sitzung am 12. März 1997 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 13/6966 abzulehnen.

Der federführende Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat den Antrag auf Drucksache 13/6966 in seiner 94. Sitzung am 12. März 1997 beraten und abgeschlossen. Er hat mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die befürwortenden Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS beschlossen, den Antrag abzulehnen.

II.

Der Antrag begehrt zunächst die Feststellung zahlreicher vermeintlicher Versäumnisse der Bundespolitik. Anschließend ergeht die Aufforderung an die Bundesregierung, mit einer ökologisch-sozialen Steuerreform die Arbeit von Lohnnebenkosten zu entlasten und gleichzeitig wirksame Anreize für öko-

logisch orientierte Innovationen zu setzen. Des weiteren soll die Bundesregierung eine Gesetzesinitiative vorlegen, mit der die Tarifpartner unterstützt werden, flexible Modelle der Arbeitszeitverkürzung und Gestaltung auf der Basis von Zeitkonten bei einer Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit zu vereinbaren. Dabei sollte sie sich marktwirtschaftlicher Lenkungsinstrumente bedienen. Die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten bei der Gestaltung der Arbeitszeit sollen durch eine Reform des Arbeitsvertrags und des Betriebsverfassungsgesetzes verbessert werden. Weiterhin soll ein Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung eingeführt und die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit dringend verbessert werden. Der Erziehungsurlaub soll in ein flexibles Zeitkonto umgewandelt werden. Zum Zweck einer direkten Verzahnung von aktiver Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in Ostdeutschland soll die Bundesregierung die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Verknüpfung von Investitions- und Lohnförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ schaffen. Durch einen zweckgebundenen Bundeszuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit soll die Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik verstetigt werden. Dabei soll sie auch stärker steuerfinanziert werden. Eine Ausdehnung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung soll gefördert und geprüft werden, wie die bestehenden Möglichkeiten zur Höherversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung ausgebaut und auf die Arbeitslosenversicherung übertragen werden können. Schließlich soll eine Reform des Einkommenssteuerrechts eine sozialverträgliche Abschaffung des Ehegattensplittings vorsehen und die resultierenden Steuereinnah-

men zur Familienförderung in Form eines einheitlichen Kindergelds von 300 DM einsetzen.

Wegen weiterer Einzelheiten des Antrags wird auf die Drucksache 13/6966 verwiesen.

III.

In der Ausschlußberatung erklärten die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Erwerbslosigkeit in Deutschland stelle in ihren Ausmaßen eine ernste Bedrohung für das soziale und demokratische Gemeinwesen dar. Durch eine ökologisch-soziale Steuerreform könne die Arbeit von Lohnnebenkosten entlastet werden und zugleich könnten wirksame Anreize für ökologisch orientierte Innovationen gesetzt werden.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS vertraten demgegenüber den Standpunkt, sie könnten sich in vielen Teilen, jedoch nicht voll inhaltlich mit dem Antrag identifizieren und würden

sich daher ihrer Stimme enthalten. Allerdings teilten sie das zum Ausdruck gekommene Grundanliegen und kritisierten die Tatenlosigkeit der Bundesregierung.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. lehnten den Antrag ab, da er versuche, in selektiver Weise die Ausführungen der beiden christlichen Kirchen für die politischen Zwecke der antragstellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu nutzen und insofern keine wesentlichen Argumente gegen die Fortsetzung der für richtig erkannten Politik der Bundesregierung biete. Sie wiesen darauf hin, daß das gemeinsame Kirchenwort später erschienen sei als der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; dieser enthalte daher nicht den neuesten Stand. Die Kirchen hätten mit dem gemeinsamen Wort in vielen Punkten den Standpunkt der Bundesregierung – zum Beispiel im bezug auf den Abbau von Subventionen – unterstützt. Die Einführung der sog. Ökosteuer sei kontraproduktiv.

Bonn, den 14. April 1997

Konrad Gilges

Berichterstatler